SVS Schweizerischer Verband der Sozialversicherungs-Fachleute

FEAS Fédération suisse des employés en assurances sociales

FIAS Federazione svizzera degli impiegati delle assicurazioni sociali

Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2020

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Gewählter Sozialversicherungszweig: Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Kandidatennummer _____

Prüfungsdatum _____

Titel des Falls Teil 1 Leistungen / Teile 2 und 3 Beiträge

Dauer 180 Minuten

Falldossier 1 Leistungen: Hinterlassenenleistungen

Einführung in den Fall

Sie arbeiten bei der Ausgleichskasse des Kantons Aargau in der Abteilung Leistungen. Im Renten-Team sind Sie der Fachspezialist / die Fachspezialistin. Sie bearbeiten die komplexen Fälle und helfen Ihren Kolleginnen und Kollegen bei Spezialfragen zu einzelnen Fällen. Das folgende Dossier wurde Ihnen vom Abteilungsleiter direkt zugeteilt.

Sie haben drei Anmeldungen für Hinterlassenenleistungen bekommen. Alle beziehen sich auf den Tod von Alex Münger am 14. März 2020.

Herr Münger ist am 12. Oktober 1972 geboren. Seine berufliche Karriere verlief recht normal. Dazu gehörte seine Tätigkeit für einen Schweizer Arbeitgeber in Algerien in den Jahren 2008 bis und mit 2009.

Vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2019 war der Verstorbene als Selbständigerwerbender bei der Ausgleichskasse Zürcher Arbeitgeber angeschlossen. Daneben hatte er bis zu seinem Tod ein kleines Unterrichtspensum als angestellter Berater beim Hochbaudepartement des Kantons Aargau.

Die Anmeldung Nr. 1 hat die Witwe von Herrn Münger – Isabelle Frei – eingereicht. Sie wurde am 2. Dezember 1975 geboren. Die beiden heirateten am 15. Mai 2009. Die Ehe blieb kinderlos. Frau Frei hatte jedoch zum Zeitpunkt des Todes einen Sohn aus erster Ehe, geboren am 1. August 2003. Der Sohn wohnt seit der Geburt bei seinem Vater. Der Vater hat auch das Sorgerecht. Der Sohn hat am 1. Juli 2019 eine dreijährige Lehre als Zimmermann begonnen. Sein Lehrlingslohn ist im ersten Jahr Fr. 650.00, im zweiten Fr. 950.00 und im dritten Fr. 1'450.00.

Anmeldung Nr. 2 kommt von der geschiedenen Frau des Verstorbenen. Sie heisst Sarah Klein und ist am 2. Februar 1970 geboren. Sie war mit Herrn Münger vom 2. Dezember 1994 bis 30. April 2004 verheiratet. Die Einkommensteilung für diese Ehe ist erledigt. Am 26. Juli 1999 wurde ihre gemeinsame Tochter Jessica geboren. Jessica studiert ab September 2020 in Teilzeit an der ETH Zürich. Daneben arbeitet sie und verdient 13 Monatslöhne à Fr. 2'200.00. Unmittelbar vor dem Beginn des Studiums war Jessica auf einer einjährigen Weltreise.

Am 25. Februar 2002 gebar Frau Klein ein zweites Kind. Den Namen des Vaters wollte die Mutter nicht verraten. Im Zivilstandsregister ist der Vater des Kindes mit "unbekannt" eingetragen. Das Kind litt während der Geburt an Sauerstoffmangel und trug bleibende Schäden davon. Die Invalidenversicherung sprach ihm einen Invaliditätsgrad von 100 Prozent ab 25. Februar 2020 zu.

Anmeldung Nr. 3 reicht die Mutter eines 11-jährigen Mädchens aus Algerien ein. Beide wohnen in Algerien und sind algerische Staatsbürger. Die Anmeldung hat die Mutter bei der Schweizer Botschaft eingereicht. Herr Münger hatte damals bei seinem Aufenthalt in Algerien die Vaterschaft für das Kind anerkannt.

Die Rentenberechnung ergibt für Herrn Münger ein massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen von Fr. 69'678.00 und die Skala 44.

Beilagen

- Beilage 1: Medienmitteilung des Bundesgerichts vom 14. Februar 2020
- Beilage 2: Bundesgerichtsurteil 9C_460/2018 (französisch)
- Beilage 3: Bundesgerichtsurteil 9C_460/2018, Erwägung 5 (deutsch)

Aufgabe

1. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar.
2. Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen, die aus Ihrer Sicht in dieser Situation bestehen.
3. Beurteilen Sie die Zuständigkeit für die Bearbeitung der Anmeldungen und entscheiden Sie, ob Sie den Fall weiterbearbeiten. Begründen Sie Ihren Entscheid.
4. Entscheiden Sie über die Ansprüche (Rentenarten) oder Ablehnungen für jede Person aus den Anmeldungen und Beschreibungen. Begründen Sie Ihre Entscheide.
5. Beurteilen Sie die Dauer aller Ansprüche und begründen Sie Ihre Folgerungen. Beschreiben Sie die möglichen Beendigungsgründe für alle Leistungen.
6. Nennen Sie Höhe und Beginn aller Leistungen, die nach Ihren Beurteilungen fällig werden.

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen. Als Richtgrösse werden 5-10 Seiten A4 erwartet, der effektive Umfang Ihrer Arbeit wird nicht bewertet. Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung des Falldossiers Teil 1 Leistungen stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach den folgenden Leitfragen bewertet:

1. Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar?
2. Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen?
3. Entscheidet der/die Kandidat/in richtig über die Zuständigkeit und ist die Begründung richtig?
4. Entscheidet der/die Kandidat/in richtig über alle Ansprüche und Ablehnungen und sind die Begründungen nachvollziehbar und korrekt?
5. Beurteilt der/die Kandidat/in die Dauer aller Leistungen richtig und beschreibt er/sie die Beendigungsgründe nachvollziehbar und fachlich korrekt?
6. Nennt der/die Kandidat/in die Höhe und den Beginn der Leistungen korrekt?

Punkte

max. 36

Platz zum Lösen des Falldossiers Leistungen

Zusätzlicher Platz zum Lösen des Falldossiers Leistungen

Zusätzlicher Platz zum Lösen des Falldossiers Leistungen

Falldossier 2 Beiträge: Selbstständigerwerbende

Einführung in den Fall

Fallbeschreibung / Ausgangslage

Das Ehepaar Linus und Erika Stalder führten zusammen die Spenglerei Sumiswald als Kollektivgesellschaft. Im Oktober 2018 verstarb Linus Stalder. Erika Stalder verkaufte den Betrieb für CHF 52'500.— an ihre beiden Kinder, Peter Stalder und Carla Briener. Der Verkauf wurde per 1. November 2018 abgewickelt. Peter und Carla gründeten die Kommanditgesellschaft Stalder & Co. Peter Stalder ist Komplementär, Carla Briener mitarbeitende Kommanditärin. Ihre Kommanditsumme beträgt CHF 19'500.—. Die Kommanditgesellschaft übernahm die Aktiven und Passiven der Spenglerei Sumiswald.

Erika Stalder stand ihren Kindern beim Start der neuen Stalder & Co. finanziell zur Seite und trat deshalb als Kommanditärin in die Firma ein. Sie beteiligte sich mit einer Kommanditsumme von CHF 550'000.—. Altershalber (sie ist 69 Jahre alt) hat sie sich aber aus dem Geschäftsleben zurückgezogen und tritt nach aussen nicht in Erscheinung.

Die Kommanditgesellschaft erstellte den ersten Geschäftsabschluss auf den 31. Dezember 2019. Hier die Ergebnisse für die Zeit vom 1.11.2018 – 31.12.2019:

<u>Peter Stalder</u>

Einkommen: CHF 36'400.—, im Betrieb investiertes Eigenkapital per 31.12.2019: CHF 48'500.—

<u>Carla Briener</u>

Gewinnanteil: CHF 7'500.—, Zins auf der Kommanditsumme: CHF 700.—, Lohn: CHF 36'000.—

<u>Erika Stalder</u>

Zins auf der Kommanditsumme: CHF 22'500.—.

Critical Incident 1

Die Stalder & Co. befindet sich seit längerer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten. Inzwischen hat die Ausgleichskasse für die Personalbeiträge der Jahre 2015 – 2019 Verlustscheine erhalten. In der Forderung enthalten sind auch die entsprechenden Verzugszinsen.

Critical Incident 2

Die belangte/n Person/en wehrt/en sich gegen die Höhe der Schadenersatzforderung. Sie machen geltend, die Verzugszinsen seien von der Forderung auszunehmen, weil sie mit den eigentlichen Beiträgen nichts zu tun hätten.

Aufgabe

1. Entscheiden Sie, wer von den beteiligten Personen als selbständigerwerbend gilt und nennen Sie die Weisungsbestimmungen, auf denen ihr Entscheid beruht.
2. Berechnen Sie die AHV/IV/EO-Beiträge aller Selbstständigerwerbenden für das Jahr 2019, Ansatz für die Verwaltungskostenbeiträge 2%.
3. Zeigen Sie die jeweilige Buchungszeile im individuellen Konto von Peter Stalder und Carla Briener auf. Es genügt die Zeitspanne und das Einkommen.
4. Analysieren Sie in **Critical Incident 1**, wer für die Beiträge für welchen Zeitraum haftet.
5. Nehmen Sie zum Einwand in **Critical Incident 2** stichwortartig Stellung.

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen (wo verlangt) hinreichend begründen Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung der Falldossiers 2 und 3 stehen Ihnen insgesamt 45 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach den folgenden Leitfragen bewertet:

1. Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und ist die Begründung richtig?
2. Berechnet der/die Kandidat/in die Beiträge in jedem Fall richtig?
3. Stimmen die Buchungszeilen im individuellen Konto mit den einschlägigen Weisungen überein?
4. Critical Incident 1: Hat der/die Kandidat/in die haftenden Personen und Zeiträume richtig analysiert?
5. Critical Incident 2: Argumentiert der/die Kandidat/in richtig und nachvollziehbar.

Punkte

max. 18

Platz zum Lösen des Falldossier 2 Beiträge

Zusätzlicher Platz zum Lösen des Falldossier 2 Beiträge

Falldossier 3 Beiträge: Massegebender Lohn

Einführung in den Fall

Fallbeschreibung / Ausgangslage

Esther Blaser, geboren am 5. Juli 1960, arbeitet seit 25 Jahren bei der Firma Lampen AG. Anlässlich ihres 25jährigen Dienstjubiläums erhält sie am 10. Dezember 2019 von der Lampen AG das Recht 250 Mitarbeiteraktien zu einem Preis von CHF 418.— (ohne Sperrfrist) zu erwerben. Die Bezugsfrist beträgt 120 Tage. Am 12. Februar 2020 erwirbt Esther Blaser die Aktien, der Kurswert an der Börse betrug am 10. Dezember 2019 CHF 612.—, am 12. Februar 2020 CHF 635.—. Am 15. Mai 2020 verkauft sie die Aktien an der Börse zu einem Kurswert von CHF 495.—.

Aufgrund der Corona-Krise wird die Lampen AG per 30. September 2020 geschlossen. Für die Mitarbeitenden wird ein Sozialplan erstellt. Esther Blaser erhält die folgenden Leistungen:

-	Einmalauszahlung am 30. September 2020	CHF	175'000.—
-	Monatliche Rente befristet bis zum 64. Altersjahr ab 1.10.2020	CHF	1’875.—
-	Monatliche Rente aufgeschoben ab dem 64. Altersjahr	CHF	450.—

Critical Incident

Die Ausgleichskasse hat für die Beiträge auf dem geldwerten Vorteil auf den Mitarbeiteraktien die Beitragssätze des Jahres 2020 angewendet (Realisierungsprinzip). Die Lampen AG verlangt aber die Anwendung der Beitragssätze 2019, mit dem Argument, es sei für die Beitragserhebung auf das Datum abzustellen, an dem das Recht zur Ausübung entstand (Bestimmungsprinzip)

Aufgabe

1. Berechnen Sie den massgebenden Lohn für die Mitarbeiteraktien.
2. Berechnen Sie den massgebenden Lohn für die Leistungen gemäss Sozialplan.
3. **Critical Incident**: Nehmen Sie zum Einwand der Lampen AG stichwortartig und nachvollziehbar Stellung. Nennen Sie die Weisungsbestimmungen, auf denen ihr Entscheid beruht.

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen (wo verlangt) hinreichend begründen Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung der Falldossiers 2 und 3 stehen Ihnen insgesamt 45 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach den folgenden Leitfragen bewertet:

1. Ist die Berechnung des massgebenden Lohnes auf den Mitarbeiteraktien korrekt und nachvollziehbar dargestellt.
2. Ist die Berechnung des massgebenden Lohnes auf den Leistungen gemäss Sozialplan korrekt und nachvollziehbar dargestellt.
3. Ist das Realisierungs- bzw. Bestimmungsprinzip im Critical Incident korrekt angewendet und nachvollziehbar begründet. Sind die korrekten Randziffern der Weisungsbestimmungen genannt.

Punkte

max. 18

Zusätzlicher Platz zum Lösen des Falldossier 3 Beiträge

Zusätzlicher Platz zum Lösen des Falldossier 3 Beiträge

SVS Schweizerischer Verband der Sozialversicherungs-Fachleute

FEAS Fédération suisse des employés en assurances sociales

FIAS Federazione svizzera degli impiegati delle assicurazioni sociali

Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2020

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Gewählter Sozialversicherungszweig: Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Beilagen Falldossier 1 Leistungen

- Beilage 1: Medienmitteilung des Bundesgerichts vom 14. Februar 2020
- Beilage 2: Bundesgerichtsurteil 9C_460/2018 (französisch)
- Beilage 3: Bundesgerichtsurteil 9C_460/2018, Erwägung 5 (deutsch)

Bundesgericht

Tribunal fédéral

Tribunale federale

Tribunal federal

CH-1000 Lausanne 14
Korrespondenznummer 211.1/04_2020

Lausanne, 14. Februar 2020

Medienmitteilung des Bundesgerichts

Urteil vom 21. Januar 2020 (9C_460/2018)

Anspruch auf IV-Kinderrente für Flüchtlinge: Wohnsitz und Nationalität der Kinder nicht massgebend

Anerkannte Flüchtlinge, die eine IV-Rente beziehen, haben grundsätzlich auch Anspruch auf Zusatzbeiträge für Kinder (Kinderrenten), die nicht in der Schweiz leben. Die Genfer Flüchtlingskonvention räumt Flüchtlingen diesbezüglich die gleichen Rechte ein wie Schweizer Bürgern. Eine anderslautende landesrechtliche Regelung kommt nicht zur Anwendung, da keine Hinweise bestehen, dass der Gesetzgeber damit bewusst von der Flüchtlingskonvention hätte abweichen wollen.

Ein tschadischer Staatsangehöriger wurde 1994 in der Schweiz als Flüchtling anerkannt. Seit 2005 bezieht er eine ordentliche IV-Rente. 2016 beantragte er bei der IV-Stelle Kanton Bern die Ausrichtung von Kinderrenten (*Zusatzbeiträge für Kinder unter 18 Jahren oder in Ausbildung, längstens jedoch bis zu deren vollendetem 25. Altersjahr*) für seine zwei ausserehelich geborenen Töchter, die er 2012 in Frankreich als seine Kinder anerkannt habe und die dort mit ihrer Mutter leben würden. Die IV-Stelle wies das Ersuchen 2016 ab, da die Kinder tschadischer Nationalität seien und im Ausland leben würden. Das Verwaltungsgericht des Kantons Bern hiess die Beschwerde des Betroffenen 2018 gut, bejahte dem Grundsatz nach einen Anspruch auf IV-Kinderrenten und wies die Sache zur Klärung weiterer für den Leistungsbezug erforderlicher Voraussetzungen zurück an die IV-Stelle.

Das Bundesgericht weist die dagegen erhobene Beschwerde der IV-Stelle ab. Gemäss Artikel 24 der Genfer Flüchtlingskonvention (von der Schweiz 1955 ratifiziert) gewähren

die vertragsschliessenden Staaten den rechtmässig auf ihrem Gebiet sich aufhaltenden Flüchtlingen mit Bezug auf die soziale Sicherheit die gleiche Behandlung wie Einheimischen. Bei Schweizer Bürgerinnen und Bürgern setzt die Ausrichtung von Kinderrenten nicht voraus, dass die Kinder in der Schweiz Wohnsitz haben und sich gewöhnlich hier aufhalten müssten. Bei Kindern von Flüchtlingen wird dies jedoch verlangt gemäss Artikel 1 des Bundesbeschlusses über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen in der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung. Die Regelung im Bundesbeschluss widerspricht somit der von der Flüchtlingskonvention garantierten Gleichbehandlung mit Einheimischen. Bei einem Konflikt zwischen dem für die Schweiz verbindlichen internationalen Recht und diesem widersprechenden Landesrecht geht ersteres grundsätzlich vor, ausser der Gesetzgeber habe mit der landesrechtlichen Regelung bewusst eine vom internationalen Recht abweichende Lösung treffen wollen. Es bestehen keine Indizien dafür, dass der Gesetzgeber die Absicht gehabt hätte, mit der Regelung im Bundesbeschluss von der Flüchtlingskonvention abzuweichen. Die Ausrichtung einer Kinderrente an anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz darf deshalb nicht vom Wohnsitz oder der Nationalität der Kinder abhängig gemacht werden. Der Betroffene hat somit grundsätzlich Anspruch auf Ausrichtung der Kinderrenten. Die IV-Stelle wird ergänzend abklären müssen, ob auch die weiteren Voraussetzungen erfüllt sind, insbesondere ob der Betroffene nicht auf seinen Flüchtlingsstatus verzichtet hat und ob die in Frankreich abgegebenen Vaterschaftsanerkennungen auch in der Schweiz Wirkung entfalten.

Kontakt: Peter Josi, Medienbeauftragter, Caroline Brunner, Stellvertretende Medienbeauftragte
Tel. +41 (0)21 318 91 53; Fax +41 (0)21 323 37 00
E-Mail: presse@bger.ch

Hinweis: Die Medienmitteilung dient zur Information der Öffentlichkeit und der Medien. Die verwendeten Formulierungen können vom Wortlaut des Urteils abweichen; für die Rechtsprechung ist einzig das schriftliche Urteil massgebend.

Das Urteil ist ab 14. Februar 2020 um 13:00 Uhr auf www.bger.ch abrufbar: *Rechtsprechung > Rechtsprechung (gratis) > Weitere Urteile ab 2000 >* 9C_460/2018 eingeben.

Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal

Zurück

Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal

9C_460/2018

Arrêt du 21 janvier 2020

IIe Cour de droit social

Composition
MM. et Mmes les Juges fédéraux Parrino, Président, Meyer, Stadelmann, Glanzmann et Moser-Szeless.
Greffier : M. Berthoud.

Participants à la procédure
Office AI Canton de Berne,
Scheibenstrasse 70, 3014 Berne,
recourant,

contre

A._____,
intimé.

Objet
Assurance-invalidité,

recours contre le jugement du Tribunal administratif du canton de Berne, Cour des affaires de langue française, du 18 mai 2018 (200.2016.1217.AI).

Faits :

A.
A._____, né en 1959, ressortissant tchadien, a obtenu un statut de réfugié en Suisse en 1994 et est titulaire d'un permis d'établissement. Il bénéficie de rentes ordinaires de l'assurance-invalidité, soit trois quarts de rente depuis 2005 et une rente entière depuis 2006.
Le 26 avril 2016, l'assuré a informé l'Office AI Berne qu'il avait, en juin 2012, reconnu en France deux filles nées hors mariage dans ce pays, l'une le 24 octobre 2006, l'autre le 11 mai 2012. Le 6 octobre 2016, il a déposé une demande de rentes pour enfant, en précisant que ses filles vivaient avec leur mère en France. Par décision du 18 novembre 2016, l'Office AI Berne a rejeté la demande.

B.

A._____ a déféré cette décision au Tribunal administratif du canton de Berne, Cour des affaires de langue française.
Par jugement du 18 mai 2018, la juridiction cantonale a admis le recours et annulé la décision du 18 novembre 2016 dans la mesure où elle refusait le droit à des rentes pour les deux enfants que l'assuré a reconnues, en raison de la nationalité et du domicile étrangers de ces dernières de même que de la nationalité tchadienne de l'assuré. La cause a été renvoyée à l'administration pour instruction complémentaire au sens des considérants (portant sur les autres conditions du droit à la prestation) et nouvelle décision.

C.
L'Office AI Berne interjette un recours en matière de droit public contre ce jugement dont il demande l'annulation, en concluant à la confirmation de sa décision du 18 novembre 2016. Il sollicite également l'attribution de l'effet suspensif à son recours.
L'intimé n'a pas répondu, tandis que l'Office fédéral des assurances sociales (ci-après: OFAS) déclare se rallier entièrement à l'argumentation de l'office recourant.

Considérant en droit :

1.

1.1. Le Tribunal fédéral examine d'office la recevabilité des recours qui lui sont soumis (**ATF 141 II 113** consid. 1 p. 116; **141 III 395** consid. 2.1 p. 397).

1.2. D'un point de vue formel, le jugement du 18 mai 2018 constitue une décision de renvoi, soit une décision incidente qui ne peut faire l'objet d'un recours au Tribunal fédéral qu'aux conditions de l'art. 93 LTF (**ATF 133 V 477** consid. 4.2. et 4.3 p. 481 s.). A teneur de ce jugement, le recourant devra reprendre l'instruction de la cause puis statuer à nouveau sur la demande du 6 octobre 2016 qui n'a pas encore fait l'objet d'une décision passée en force. Dès lors que le jugement de renvoi contient des instructions impératives destinées à l'office recourant qui ne lui laissent plus de latitude de jugement pour la suite de la procédure sur les points tranchés par l'instance précédente (cf. consid. 7.1 p. 15), il subit un préjudice irréparable au sens de l'art. 93 al. 1 let. a LTF, si bien qu'il y a lieu d'entrer en matière sur son recours (cf. **ATF 133 V 477** consid. 5.2.4 p. 484 s.).

2.
Le litige porte sur le point de savoir si l'intimé, ressortissant tchadien résidant en Suisse en qualité de réfugié et bénéficiaire d'une rente ordinaire de l'assurance-invalidité, peut en principe avoir droit à des rentes pour ses enfants qui n'ont pas la nationalité d'un pays de l'UE/AELE et qui vivent en France avec leur mère.

3.
A l'appui de sa décision du 18 novembre 2016, l'office recourant a retenu que c'est seulement "si un enfant de nationalité étrangère dont l'ayant droit, le père ou la mère, a la nationalité suisse ou est ressortissant d'un Etat lié à la Suisse par une convention de sécurité sociale, transfère son domicile de la Suisse à l'étranger, [qu']il peut continuer de prétendre l'octroi de la rente pour enfant à l'étranger" (ch. 3342.1 des Directives [de l'OFAS] concernant les rentes [DR] de l'AVS/AI [version 10, modification du 30 octobre 2015]). Comme la Suisse n'a aucune convention de sécurité sociale avec le Tchad, l'administration a rejeté la demande de rente pour enfant.

4.

4.1. La juridiction cantonale a exposé de manière complète les règles applicables à la solution du litige, singulièrement les art. 6 et 35 LAI, les art. 58 et 59 de la loi sur l'asile (LAsi, RS 142.31), l'art. 24 ch. 1 let. b de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés (CR, RS 0.142.30), ainsi que l'art. 1 de l'Arrêté fédéral concernant le statut des réfugiés et des apatrides dans l'assurance-vieillesse et survivants et dans l'assurance-invalidité du 4 octobre 1962 (dans sa teneur en vigueur à partir du 1 er janvier 1997; ARéf, RS 831.131.11).
On rappellera qu'en vertu de l'art. 24 ch. 1 let. b CR, les Etats Contractants accorderont aux réfugiés résidant régulièrement sur leur territoire le même traitement qu'aux nationaux notamment en ce qui concerne la sécurité sociale (en particulier les dispositions légales relatives à l'invalidité), sous certaines réserves prévues aux lettres i et ii. L'art. 24 ch. 1 let. b/ii CR concerne des dispositions particulières prescrites par la législation nationale du pays de résidence et vise deux cas particuliers: d'une part, les prestations ou fractions de prestations payables exclusivement sur les fonds publics et d'autre part, les allocations versées aux personnes qui ne réunissent pas les conditions de cotisation exigées pour l'attribution d'une pension normale. Ces dispositions de la Convention sont directement applicables en droit interne (self-executing; **ATF 136 V 33** consid. 3.2.1 p. 36) et les demandeurs de prestations peuvent s'en prévaloir à partir de la date à laquelle le statut de réfugié leur a été reconnu, sans effet rétroactif au jour de l'entrée en Suisse (**ATF 139 II 1** consid. 4.1 p. 3 s.).

Selon l'art. 1 al. 1 ARéf (dans sa teneur en vigueur depuis le 1 er janvier 1997), que le législateur a édicté en application de la Convention de 1951 et de l'art. 34 quater aCst. (aujourd'hui: art. 112 Cst.), les réfugiés qui ont leur domicile et leur résidence habituelle en Suisse ont droit aux rentes ordinaires de l'assurance-vieillesse et survivants, ainsi qu'aux rentes ordinaires et aux allocations pour impotents de l'assurance-invalidité aux mêmes conditions que les ressortissants suisses. Toute personne pour laquelle une rente est octroyée doit personnellement satisfaire à l'exigence du domicile et de la résidence habituelle en Suisse.

4.2. La juridiction cantonale a examiné le point de savoir si le statut de réfugié dont bénéficie l'assuré intimé, qui est domicilié en Suisse, suffit à lui permettre d'obtenir une rente pour enfant en faveur de ses deux filles domiciliées en France, ou si au contraire, l'ARéf doit être interprété dans le sens où il est exigé en sus que ces dernières soient domiciliées et aient leur résidence habituelle en Suisse. En d'autres termes, il s'agissait de déterminer qui, du bénéficiaire de la rente principale et/ou des enfants, est la "personne pour laquelle [la] rente est octroyée", au sens de l'art. 1 al. 1, 2 e phrase, ARéf, et qui doit par conséquent satisfaire à l'exigence de domicile et de résidence habituelle en Suisse.
Procédant à l'interprétation de l'art. 1 ARéf, les premiers juges ont considéré que par le biais de l'ARéf, le législateur avait complété la Convention de 1951 pour permettre aux réfugiés de bénéficier, à certaines conditions, des rentes extraordinaires, des mesures de réadaptation ainsi que des allocations pour impotent (cf. **ATF 136 V 33** consid. 5.6.2 p. 43; FF 1962 I 245-247 ch. II.1.b). Cela étant, ils ont admis que l'interprétation voulant que les enfants du bénéficiaire doivent résider ou être domiciliés en Suisse contreviendrait au but poursuivi par l'ARéf, en comparaison avec la réglementation valable pour les ressortissants suisses.
Le tribunal administratif a rappelé que l'art. 24 ch. 1 let. b/ii CR permet aux Etats contractants de prévoir des exceptions au principe de l'égalité de traitement entre les réfugiés et les nationaux par le biais de dispositions particulières prescrites par la législation nationale du pays de résidence et visant les prestations ou fractions de prestations payables exclusivement sur les fonds publics. Il a toutefois constaté que lesdites exceptions sont strictement délimitées et qu'elles concernent les conditions pour avoir droit aux allocations pour impotent, aux rentes extraordinaires, aux mesures de réadaptation, ainsi qu'aux prestations complémentaires. Comme il n'est pas fait référence aux rentes pour enfant, les juges cantonaux en ont déduit que cela tend à exclure toute inégalité de traitement entre les réfugiés et les ressortissants suisses en la matière, l'ARéf garantissant même expressément une telle égalité, s'agissant à tout le moins des rentes pour enfant.
Examinant ensuite l'affaire dans le contexte du droit européen, la juridiction cantonale a relevé que les rentes pour enfant ne sont pas énumérées à l'annexe X du Règlement (CE) n° 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale (RS 0.831.109.268.1; ci-après: le Règlement n° 883/2004) (prestations spéciales en espèces à caractère non contributif). Elle en a déduit qu'il serait contraire au droit européen de subordonner l'octroi d'une rente pour des enfants domiciliés dans un autre Etat membre à des conditions de résidence ou de domicile, si bien que cela plaide aussi à l'encontre de l'interprétation de l'art. 1 al. 1, 2 e phrase, ARéf, défendue par l'administration.
Les juges ont aussi considéré que l'interprétation qui tendait à ce que la personne "pour laquelle [la] rente [pour enfant] est octroyée", au sens de l'art. 1 al. 1, 2 e phrase, ARéf, soit l'enfant, se heurte à la jurisprudence du Tribunal fédéral qui désigne non pas l'enfant mais le parent comme titulaire du droit à la rente pour enfant (cf. **ATF 134 V 15** consid. 2.3.3 p. 17). En matière de rente pour enfant découlant d'une rente extraordinaire d'invalidité, ils ont relevé que le Tribunal fédéral avait jugé que si un parent remplit les conditions permettant de prétendre une telle rente, il les remplit également pour la rente complémentaire qui lui est liée; il est donc sans importance que les enfants de l'ayant droit résident en Suisse ou à l'étranger (cf. **ATF 108 V 73** consid. 3 p. 77 s).
Dans ces conditions, les premiers juges ont admis que l'interprétation de l'art. 1 al. 1, 2 e phrase, ARéf de l'office recourant, selon laquelle les enfants d'un réfugié doivent être domiciliés en Suisse et y avoir leur résidence, est contraire au but et au sens de la norme, de même qu'au droit supérieur, et qu'elle ne peut dès lors être suivie. La solution à adopter pour les réfugiés doit être la même que celle s'appliquant aux ressortissants suisses ou de l'UE/AELE ou d'un Etat lié à la Suisse par une convention telle qu'exposée aux ch. 3342.1 et 3342.2 DR, dans leur version n° 12 (modification du 21 décembre 2016).

4.3. En conséquence, le tribunal administratif a admis le recours et annulé la décision du 18 novembre 2016 dans la mesure où elle refuse un droit à des rentes pour les deux enfants que l'assuré a reconnues, en raison de la nationalité et du domicile de ces dernières de même que de sa propre nationalité. Il a renvoyé la cause à l'office recourant afin qu'il examine les autres conditions posées à l'octroi des rentes pour les deux enfants, l'administration étant notamment invitée à contrôler s'il n'a pas été renoncé au statut de réfugié et si les reconnaissances de paternité effectuées en France en 2012 sont reconnues comme déployant des effets en Suisse.

5.
L'office recourant soutient que le raisonnement du tribunal administratif n'est pas cohérent et contradictoire en lui-même, car il ne tient pas compte de tous les critères énoncés au ch. 3342.2 DR (version 12, modification du 21 décembre 2016). A son avis, il repose sur une interprétation contraire au droit de l'art. 1 al. 1 ARéf et tient compte de dispositions non pertinentes pour la situation de l'assuré, car ni ce dernier ni ses enfants n'entrent dans le champ d'application de l'Accord entre la Confédération suisse, d'une part, et la

Communauté européenne et ses Etats membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes (ci-après: ALCP; RS 0.142.112.681) ou du Règlement n° 883/2004.
Pour le recourant, le ch. 3342.2 DR fait obstacle au paiement des rentes dans le cas d'espèce, car l'intimé, parent titulaire de la rente principale, est ressortissant d'un pays avec lequel la Suisse n'a pas conclu de convention en matière de sécurité sociale. Ensuite, les enfants n'ont ni leur domicile ni leur résidence habituelle en Suisse. Enfin, au jour où la décision administrative a été rendue (le 18 novembre 2016), les enfants ne possédaient ni la nationalité suisse ni celle d'un pays de l'UE/AELE, en l'occurrence la France.

6.

6.1. Préliminairement, il faut rappeler que les directives administratives de l'OFAS (DR) invoquées par le recourant ne créent pas de nouvelles règles de droit et ne lient pas le juge des assurances (par ex. **ATF 139 V 457** consid. 4.2 p. 460 s).

6.2. On relèvera ensuite que le ch. 3342.1 DR, dans sa teneur en vigueur à l'époque où la décision du 18 novembre 2016 a été rendue (version 10, modification du 30 octobre 2015), concerne les cas où l'enfant de l'ayant droit à la rente transfère son domicile de Suisse à l'étranger. Comme les deux enfants de l'intimé n'ont pas transféré leur domicile à l'étranger mais résident depuis toujours en France, cette prescription ne s'applique pas. Le recourant s'en prévaut ainsi à tort.

7.

7.1. La loi s'interprète en premier lieu selon sa lettre. Il n'y a lieu de déroger au sens littéral d'un texte clair par voie d'interprétation que lorsque des raisons objectives permettent de penser que ce texte ne restitue pas le sens véritable de la disposition en cause. Si le texte n'est pas absolument clair, si plusieurs interprétations de celui-ci sont possibles, il convient de rechercher quelle est la véritable portée de la norme, en la dégageant de tous les éléments à considérer, soit notamment des travaux préparatoires, du but de la règle, de son esprit, ainsi que des valeurs sur lesquelles elle repose ou encore de sa relation avec d'autres dispositions légales. Le Tribunal fédéral ne privilégie aucune méthode d'interprétation, mais s'inspire d'un pluralisme pragmatique pour rechercher le sens véritable de la norme; en particulier, il ne se fonde sur la compréhension littérale du texte que s'il en découle sans ambiguïté une solution matériellement juste (**ATF 139 V 250** consid. 4.1 p. 254 et les références).

7.2.

7.2.1. La teneur initiale de l'art. 1 al. 1 ARéf, en vigueur depuis le 1er janvier 1963 (RO 1963 p. 37), était la suivante: "Les réfugiés domiciliés en Suisse ont droit aux rentes ordinaires de l'assurance-vieillesse et survivants, ainsi qu'aux rentes ordinaires et aux allocations pour impotents de l'assurance-invalidité, aux mêmes conditions que les ressortissants suisses". A l'occasion de la 10e révision de l'AVS, en vigueur depuis le 1er janvier 1997 (RO 1996 p. 2466), l'art. 1 al. 1 ARéf a été modifié et complété par une deuxième phrase qui a cette teneur: "Toute personne pour laquelle une rente est octroyée doit personnellement satisfaire à l'exigence du domicile et de la résidence habituelle en Suisse" (cf. consid. 4.1 supra).

7.2.2. Une interprétation littérale de l'art. 1 al. 1, 2e phrase, ARéf conduit à admettre que le titulaire de la rente principale n'est plus le seul qui est concerné par cette disposition, mais que la modification touche désormais tous les bénéficiaires de rentes liées à la rente principale. La version allemande est d'ailleurs encore plus claire: "Das Erfordernis des Wohnsitzes und des gewöhnlichen Aufenthalts ist von *jeder Person*, für die eine Rente ausgerichtet wird, *einzeln* zu erfüllen", le texte italien étant lui aussi dépourvu d'équivoque: " *Chiunque* riceva una rendita deve adempiere *personalmente* alla condizione del domicilio e della dimora abituale in Svizzera". En application de l'art. 1 al. 1, 2e phrase, ARéf, à défaut de domicile en Suisse, les enfants de l'intimé ne pourraient en principe pas être mis au bénéfice d'une rente pour enfant. Pareille interprétation est confortée par les travaux préparatoires relatifs à l'introduction de la seconde phrase de l'art. 1 al. 1 ARéf. Dans son Message, le Conseil fédéral avait mentionné - quoique dans un contexte indirect - l'exigence du domicile (de l'art. 18 LAVS en relation avec l'ARéf), qui devait être remplie "non seulement par le bénéficiaire de la rente principale, mais également par toutes les personnes pour lesquelles une rente est versée" (FF 1990 II 1 p. 88, ad art. 18 LAVS). On ne saurait dès lors suivre l'interprétation de cette disposition que donne la juridiction cantonale (consid. 6.1.5 p. 14 du jugement entrepris).

8.

8.1. Comme mentionné précédemment (consid. 4.1 supra), l'art. 24 CR est directement applicable en droit interne (self-executing; **ATF 136 V 33** consid. 3.2.1 p. 36; **ATF 139 II 1** consid. 4.1 p. 4), de sorte que l'assuré peut s'en prévaloir pour obtenir le versement des rentes pour enfant. A cet égard, dans son Message du 19 janvier 1962 à l'Assemblée fédérale à l'appui d'un projet d'arrêté fédéral concernant le statut des réfugiés dans l'assurance-vieillesse et survivants et l'assurance-invalidité (FF 1962 I 245), le Conseil fédéral relevait que les réfugiés au sens de la convention (de 1951) qui sont domiciliés en Suisse seront, en ce qui concerne les "rentes normales" tout au moins, assimilés aux ressortissants suisses (p. 246, ch. II.1).

L'OFAS avait également mis ce point en exergue dans ses déterminations sur le projet d'ARéf, en indiquant que le principe d'égalité de traitement commandait, pour autant que possible, de placer les Suisses et les réfugiés sur un pied d'égalité en matière d'AVS/AI, les réfugiés devant ainsi notamment être mis au bénéfice des conventions bilatérales conclues par la Suisse. Il avait précisé que la réserve à la CR que la Suisse avait précédemment formulée en matière d'AVS allait être retirée au moment de l'entrée en vigueur de la LAI et de l'adoption de l'ARéf (cet arrêté avait été élaboré en discussion avec le Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés et jugé en principe compatible avec la CR; sur ces développements, voir **ATF 136 V 33** consid. 5.6.2 p. 43).

8.2.

8.2.1. Compte tenu de l'égalité de traitement explicitement mentionnée à l'art. 24 ch. 1 let. b CR, la seconde phrase de l'art. 1 al. 1 ARéf contrevient à la lettre et à l'esprit de cette disposition conventionnelle, car si une rente peut être versée à des ressortissants suisses ou à des personnes qui sont visées par une convention bilatérale de sécurité sociale sans que leurs bénéficiaires doivent personnellement satisfaire à la condition du domicile et de la résidence habituelle en Suisse, cette exigence est en revanche requise de la part d'un réfugié (pour lui-même et ses enfants), étant précisé que les réserves mentionnées à l'art. 24 ch. 1 let. b/i et ii CR ne sont pas pertinentes.

8.2.2. Aux termes de l'art. 190 Cst., le Tribunal fédéral et les autres autorités sont tenus d'appliquer les lois fédérales et le droit international. Ni l'art. 190 Cst. ni l'art. 5 al. 4 Cst. n'instaurent de rang hiérarchique entre les normes de droit international et celles de droit interne. Selon la jurisprudence, en cas de conflit, les normes du droit international qui lient la Suisse priment celles du droit interne qui lui sont contraires (cf. **ATF 144 II 293** consid. 6.3 p. 311; **142 II 35** consid. 3.2 p. 39; **139 I 16** consid. 5.1 p. 28; **138 II 524** consid. 5.1 p. 532 s.; **125 II 417** consid. 4d p. 425; cf. art. 27 de la Convention de Vienne du 23 mai 1969 sur le droit des traités [RS 0.111]).
On rappellera qu'il faut présumer que le législateur fédéral a entendu respecter les dispositions des traités internationaux régulièrement conclus, à moins qu'il ait en pleine connaissance de cause décidé d'édicter une règle interne contraire au droit international. En cas de doute, le droit interne doit s'interpréter conformément au droit international (**ATF 99 Ib 39** consid. 3 p. 43).
Le sort du litige dépend donc du point de savoir si le législateur a voulu s'écarter du principe de l'égalité de traitement consacré par la CR, en subordonnant les réfugiés à la réalisation de conditions plus restrictives que les ressortissants suisses, singulièrement dans les cas où l'AVS ou l'AI seraient appelées à verser des rentes ordinaires pour enfant résidant à l'étranger.

8.3. Il convient de résumer l'historique des modifications de l'art. 18 al. 2 LAVS et de l'art. 1 al. 1 ARéf.

8.3.1. Dans son Message du 11 octobre 1971 concernant la 8e révision de l'AVS (FF 1971 II 1057, 1127, ad art. 18 LAVS), le Conseil fédéral avait précisé que l'arrêté fédéral du 4 octobre 1962 contenait, en faveur des réfugiés, des dispositions spéciales sur le droit à la rente (et, le cas échéant, le remboursement des cotisations) qui devaient être mentionnées dans l'art. 18 LAVS comme dispositions contraires. Au 1er janvier 1973, l'art. 18 al. 2 LAVS a ainsi été adopté dans la teneur suivante (RO 1972 2537) : "Les étrangers et leurs survivants qui ne possèdent pas la nationalité suisse n'ont droit à une rente qu'aussi longtemps qu'ils ont leur domicile civil en Suisse et que si les cotisations ont été payées pendant au moins dix années entières. Sont réservées les dispositions spéciales de droit fédéral relatives au statut des réfugiés et des apatrides ainsi que les conventions internationales contraires, conclues en particulier avec des États dont la législation accorde aux ressortissants suisses et à leurs survivants des avantages à peu près équivalents à ceux de la présente loi".

8.3.2. Le Message du Conseil fédéral concernant la 10 e révision de l'AVS (FF 1990 II 1 p. 88, ad art. 18 LAVS) était muet sur la compatibilité de la seconde phrase de l'art. 1 al. 1 ARéf avec l'art. 24 CR. Par ailleurs, la question de l'égalité de traitement entre ressortissants suisses et réfugiés n'a pas non plus été abordée à l'occasion de l'ajout de la seconde phrase à l'art. 1 al. 1 ARéf. En effet, à la lecture des travaux préparatoires, il apparaît que la nouvelle teneur de l'art. 1 al. 1 ARéf n'a donné lieu à aucune discussion au sein de la Commission du Conseil des Etats pour la 10e révision de l'AVS (cf. procès-verbal de la séance de ladite commission, des 19 et 20 août 1992, p. 22), tandis que cet ajout a été qualifié d'adaptation rédactionnelle en lien avec la suppression de la rente pour couple et la modification de l'art. 18 al. 2 LAVS par la Commission de sécurité sociale du Conseil national pour la 10e révision de l'AVS (cf. procès-verbal de la séance de ladite commission, des 7-9 septembre 1992, p. 9 et 28). Le rapport de la Commission du Conseil des Etats présenté audit Conseil n'abordait pas non plus la conformité de la modification de l'art. 1 al. 1 ARéf à la CR, mais renvoyait aux commentaires relatifs à l'art. 18 al. 2 LAVS (BO 1994 CE 564). Concernant cette disposition légale, le rapport retenait que: "En principe, dans le système du splitting, toutes les personnes au bénéfice d'une rente qui ne peut être versée à l'étranger doivent remplir personnellement les conditions du domicile et de séjour. Puisque dans le splitting, il n'y aura plus de rente pour couple, cette expression devra être supprimée dans la formulation du Conseil fédéral. Le reste de la phrase doit être conservé, car le système du splitting connaît également les rentes accessoires (rente pour enfant, rente complémentaire de l'AI) " (BO 1994 CE 556). Vu ce qui précède, on ne discerne pas de volonté explicite du législateur de déroger à la CR, en lien avec les débats parlementaires sur l'art. 1 al. 1

ARéf. Une application de la jurisprudence *Schubert* (**ATF 99 Ib 39**) n'entre pas en ligne de compte (cf. **ATF 144 II 293** consid. 6.3 p. 311).

8.3.3. A l'occasion de la 10e révision de l'AVS, la teneur de l'art. 18 al. 2 LAVS a été modifiée comme suit: "Les étrangers et leurs survivants qui ne possèdent pas la nationalité suisse n'ont droit à une rente qu'aussi longtemps qu'ils ont leur domicile et leur résidence habituelle en Suisse. Toute personne qui se voit octroyer une rente doit personnellement satisfaire à cette exigence. Sont réservées les dispositions spéciales de droit fédéral relatives au statut des réfugiés et des apatrides ainsi que les conventions internationales contraires, conclues en particulier avec des États dont la législation accorde aux ressortissants suisses et à leurs survivants des avantages à peu près équivalents à ceux de la présente loi". La volonté de déroger à la CR ne résulte pas non plus de la modification de l'art. 18 al. 2 LAVS. En effet, le maintien de la dernière phrase de cet alinéa n'a pas donné lieu à discussion au Conseil national (BO 1993 CN 252).

8.3.4. Comme le législateur n'a pas repris dans l'ARéf simultanément la réserve concernant les dispositions spéciales de droit fédéral relatives au statut des réfugiés, où elle fait donc défaut, la volonté d'étendre cette réserve à d'autres personnes qui sont susceptibles d'être visées par l'ARéf, à l'instar des bénéficiaires d'une rente accessoire, ne peut pas être déduite des débats parlementaires. Si le législateur a certes voulu limiter l'exportation de rentes, notamment celles qui découlent du splitting (cf. art. 18 al. 2 LAVS, 1ère et 2e phrases), il n'a toutefois pas manifesté son intention de s'écarter d'une norme de droit international contraire, singulièrement l'art. 24 CR, en traitant dans l'ARéf - qui constitue une lex specialis par rapport à la LAVS - les bénéficiaires de rentes pour enfant différemment selon que le titulaire de la rente principale est suisse ou réfugié. La modification de l'ARéf intervenue au 1er janvier 1997 concernait l'assurance personnelle mais non la compatibilité avec la CR.
A défaut d'indices (cf. **ATF 144 II 293** consid. 6.3, précité) permettant d'admettre une intention du législateur de déroger au droit conventionnel, les rentes pour enfant d'un réfugié domicilié en Suisse peuvent donc être versées sans égard au domicile et à la nationalité des enfants.

9.
Le jugement attaqué est donc conforme au droit fédéral en tant qu'il admet le principe du versement des rentes pour les enfants de l'intimé qui sont domiciliés à l'étranger, pour autant que les autres conditions du droit à celles-ci soient réalisées. Le recourant contrôlera notamment si l'intimé n'a pas renoncé à son statut de réfugié (art. 64 al. 1 let. c LAsi) et si les reconnaissances de paternité auxquelles ce dernier a procédé le 12 juin 2012 en France sont reconnues comme déployant des effets en Suisse (consid. 7.1 du jugement entrepris). Le recours est infondé.

10.
Compte tenu de l'issue du litige, la requête d'effet suspensif n'a plus d'objet.

11.
Le recourant, qui succombe, supportera les frais de la procédure (art. 66 al. 1 LTF).

Par ces motifs, le Tribunal fédéral prononce :

1.
Le recours est rejeté.

2.
Les frais judiciaires, arrêtés à 800 fr., sont mis à la charge du recourant.

3.
Le présent arrêt est communiqué aux parties, au Tribunal administratif du canton de Berne, Cour des affaires de langue française, et à l'Office fédéral des assurances sociales.

Lucerne, le 21 janvier 2020

Au nom de la IIe Cour de droit social
du Tribunal fédéral suisse

Le Président : Parrino

Le Greffier : Berthoud

Erwägung 5 / Übersetzung aus dem Französischen

Die Berufungsinstanz argumentiert, dass die Argumentation des Verwaltungsgerichts nicht kohärent und in sich widersprüchlich sei, da sie nicht alle in Nr. 3342.2 RWL (Version 12, Änderung vom 21. Dezember 2016) aufgeführten Kriterien berücksichtigt. Sie stützt sich ihrer Ansicht nach auf eine rechtswidrige Auslegung von Art. 1 Abs. 1 ARéf und berücksichtigt Bestimmungen, die für die Situation des Versicherten nicht relevant sind, da weder der Versicherte noch seine Kinder in den Geltungsbereich des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (im Folgenden: ALKP; SR 0.142.112.681) oder der Verordnung Nr. 883/2004 fallen.

Für die Rechtsmittelführerin verhindert Paragraph 3342.2 RWL im vorliegenden Fall die Auszahlung von Renten, weil der Antragsgegner, der Elternteil, der Hauptrentner ist, Staatsangehöriger eines Landes ist, mit dem die Schweiz kein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat. Zweitens haben die Kinder weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz. Schliesslich waren die Kinder am Tag des Erlasses des Verwaltungsentscheids (18. November 2016) weder Schweizer Bürger noch Bürger eines EU/EFTA-Landes, in diesem Fall Frankreich.